



---

## Sachstand

---

## Das Innovationsprinzip

## Das Innovationsprinzip

Aktenzeichen: WD 5 - 3000 - 106/16  
Abschluss der Arbeit: 30. November 2016  
Fachbereich: WD 5: Wirtschaft und Verkehr; Ernährung, Landwirtschaft und Verbraucherschutz

---

Die Wissenschaftlichen Dienste des Deutschen Bundestages unterstützen die Mitglieder des Deutschen Bundestages bei ihrer mandatsbezogenen Tätigkeit. Ihre Arbeiten geben nicht die Auffassung des Deutschen Bundestages, eines seiner Organe oder der Bundestagsverwaltung wieder. Vielmehr liegen sie in der fachlichen Verantwortung der Verfasserinnen und Verfasser sowie der Fachbereichsleitung. Arbeiten der Wissenschaftlichen Dienste geben nur den zum Zeitpunkt der Erstellung des Textes aktuellen Stand wieder und stellen eine individuelle Auftragsarbeit für einen Abgeordneten des Bundestages dar. Die Arbeiten können der Geheimschutzordnung des Bundestages unterliegende, geschützte oder andere nicht zur Veröffentlichung geeignete Informationen enthalten. Eine beabsichtigte Weitergabe oder Veröffentlichung ist vorab dem jeweiligen Fachbereich anzuzeigen und nur mit Angabe der Quelle zulässig. Der Fachbereich berät über die dabei zu berücksichtigenden Fragen.

---

## Inhaltsverzeichnis

<b>1.</b>	<b>Fragestellung</b>	<b>4</b>
<b>2.</b>	<b>Der Gesetzentwurf</b>	<b>4</b>
<b>3.</b>	<b>Antworten der Bundesregierung vom 9. November 2016</b>	<b>4</b>
<b>4.</b>	<b>Hintergrundinformation</b>	<b>5</b>
<b>5.</b>	<b>Das Vorsorgeprinzip</b>	<b>7</b>
<b>6.</b>	<b>Das Innovationsprinzip</b>	<b>9</b>
6.1.	Rat für Wettbewerbsfähigkeit (26. Mai 2016)	11
6.2.	Strategiepapier des European Political Strategy Centre (30. Juni 2016)	12
6.3.	Stellungnahme des Europäischen Wirtschafts- und Sozialausschusses (19. August 2016)	14
6.4.	Stellungnahme des Bundesverbands der Deutschen Industrie e. V.	15
6.5.	Stellungnahme von BDI und CONFINDUSTRIA	16
6.6.	VCI-Stellungnahme (29. Juli 2016 und 24. August 2016)	16

## 1. Fragestellung

Es soll die Frage beantwortet werden, was unter dem "Innovationsprinzip" im *Entwurf der Bundesregierung „Viertes Gesetz zur Änderung des Gentechnikgesetzes“* zu verstehen ist, wie und woraus es abgeleitet wird, und welche Stellung es neben bzw. im Vergleich zum Vorsorgeprinzip in der europäischen und deutschen Gesetzgebung einnimmt.

Eine Anfrage zu diesem Sachverhalt wurde vom Fachbereich am 18. November 2016 sowohl an das BMEL als auch an das BMBF geschickt. Antworten der Ressorts liegen zum jetzigen Zeitpunkt nicht vor, sie werden ggf. nachgereicht.

## 2. Der Gesetzentwurf

Der *Entwurf eines Vierten Gesetzes zur Änderung des Gentechnikgesetzes*<sup>1</sup> wurde durch die Bundesratsdrucksache (BR-Drs. 650/16)<sup>2</sup> vom 8. November 2016 berichtigt. Erst durch die Berichtigung wurde **zusätzlich** die nachfolgende Passage in die Begründung des Gesetzentwurfs aufgenommen:

*„Die Bundesregierung geht davon aus, dass auch bei der Freisetzung und dem Inverkehrbringen von Organismen, die mittels neuer Züchtungstechniken wie CRISPR/Cas9 erzeugt worden sind, unter Zugrundelegung **des Vorsorgeprinzips und des Innovationsprinzips** ein hohes Maß an Sicherheit gewährleistet wird. Vorbehaltlich einer anderweitig bindenden Entscheidung auf EU-Ebene wird zu diesem Zweck im Rahmen von Einzelfallprüfungen im Gentechnikrecht eine prozess- und produktbezogene Betrachtung und Bewertung zu Grunde gelegt.“<sup>3</sup>*

Durch den Zusatz wird dem Vorsorgeprinzip ein Innovationsprinzip zur Seite gestellt.

## 3. Antworten der Bundesregierung vom 9. November 2016

Auf die Mündliche Frage der Abg. Bärbel Höhn vom 9. November 2016 zum Motiv für die Aufnahme des vom *Verband der Chemischen Industrie e. V. (VCI)* seit Jahren geforderten „Innovationsprinzips“ in den Gesetzentwurf antwortete der Parlamentarische Staatssekretär Bleser wie folgt:

*„Die Bundesregierung geht davon aus, dass bei der Freisetzung und dem Inverkehrbringen von Organismen, die mittels neuer Züchtungstechniken wie CRISPR (Clustered Regularly Interspaced Short Palindromic Repeats)/Cas9 erzeugt worden sind, unter Zugrundelegung des*

---

1 BR-Drs. 650/16 vom 4.11.16. <http://dip21.bundestag.btg/dip21/brd/2016/0650-16.pdf>

2 BR-Drs. 650/16 (Berichtigung) vom 8.11.16. [http://dip21.bundestag.btg/dip21/brd/2016/0650-16\(zu\).pdf](http://dip21.bundestag.btg/dip21/brd/2016/0650-16(zu).pdf)

3 Hervorgehoben durch Verfasser des Sachstands. BR-Drs. 650/16 (Berichtigung) vom 8.11.16. [http://dip21.bundestag.btg/dip21/brd/2016/0650-16\(zu\).pdf](http://dip21.bundestag.btg/dip21/brd/2016/0650-16(zu).pdf)

---

*Vorsorgeprinzips und des Innovationsprinzips ein hohes Maß an Sicherheit gewährleistet wird. Die Operationalisierung erfolgt im Rahmen von Einzelfallprüfungen.*"<sup>4</sup>

#### 4. Hintergrundinformation

Das Gentechnikrecht ist in der EU grundsätzlich harmonisiert. National setzt das *Gesetz zur Regelung der Gentechnik (Gentechnikgesetz - GenTG)*<sup>5</sup> europäische Vorgaben um.

Die in der Begründung des Gesetzentwurfs als Beispiel genannte neue Züchtungstechnik *CRISPR/Cas9*<sup>6</sup> gehört zu einer Gruppe neuer Pflanzenzüchtungstechniken („New Plant Breeding Techniques“ - NPBT). Da das Gentechnikrecht von den Mitgliedstaaten aufgrund dieser neuen technischen Möglichkeiten unterschiedlich interpretiert wird, rief die EU-Kommission im Jahr 2007 die *New Techniques Working Group (NTWG)* ins Leben. Das Ergebnis dieser Arbeitsgruppe wurde von der EU-Kommission im Dezember 2015 wie folgt kommentiert:

*„The working group finalised its report, but clearly indicated that the views expressed therein were those of the Expert Working Group and did not necessarily represent those of the EU institutions or the Competent Authorities.“*<sup>7</sup>

Die wesentlichen rechtlichen Definitionen für diesen Bereich, wie etwa gentechnisch veränderter Organismus (GVO) oder gentechnisches Verfahren, stammen aus dem Jahr 1990. Eine für das Jahr 2016 mehrfach angekündigte juristische Bewertung durch die EU-Kommission, ob NPBT in den Regelungsbereich der *Richtlinie 2001/18/EG*<sup>8</sup> und *Richtlinie 2009/41/EG*<sup>9</sup> fallen, und ob es sich somit bei diesen Züchtungsverfahren um gentechnische Verfahren und bei den daraus entstehenden Konstrukten um GMO gem. EU-Freisetzungsrichtlinie 2001/18/EG handeln könnte, steht

---

4 PlPr. 18/198. Anlage 25. <http://dipbt.bundestag.de/doc/btp/18/18198.pdf>

5 BGBl I 1993, 2066, zuletzt geändert durch Art. 55 der Verordnung vom 31.8.2015, BGBl I 2015, 1474; mittelbare Änderung durch Art. 2 des Gesetzes vom 18.7.2016, BGBl I 2016, 1666 (Nr. 35).

6 CRISPR/Cas9 ist eine so genannte Gen-Schere, eine molekularbiologische Methode, um DNA gezielt zu schneiden und zu verändern.

7 EP (2016). Parliamentary Question. Answer given by Mr Andriukaitis on behalf of the Commission. 18. Dezember 2015. Last updated: 7 January 2016. <http://www.europarl.europa.eu/sides/getAllAnswers.do?reference=P-2015-014731&language=EN>

8 Richtlinie 2001/18/EG des Europäischen Parlaments und des Rates vom 12. März 2001 über die absichtliche Freisetzung genetisch veränderter Organismen in die Umwelt und zur Aufhebung der Richtlinie 90/220/EWG des Rates. [http://eur-lex.europa.eu/resource.html?uri=cellar:303dd4fa-07a8-4d20-86a8-0baaf0518d22.0002.02/DOC\\_1&format=PDF](http://eur-lex.europa.eu/resource.html?uri=cellar:303dd4fa-07a8-4d20-86a8-0baaf0518d22.0002.02/DOC_1&format=PDF)

9 Richtlinie 2009/41/EG des Europäischen Parlaments und des Rates vom 6. Mai 2009 über die Anwendung gentechnisch veränderter Mikroorganismen in geschlossenen Systemen. <http://eur-lex.europa.eu/legal-content/DE/TXT/PDF/?uri=CELEX:32009L0041&rid=1>

noch immer aus.<sup>10</sup> Hier muss allerdings darauf hingewiesen werden, dass eine Bewertung durch die *EU-Kommission* nicht bindend wäre, und dass nur der *Europäische Gerichtshof (EuGH)* eine bindende Auslegung der EU-Rechtsvorschriften vornehmen könnte. Siehe hierzu auch folgende Antwort des EU-Kommissars für Gesundheit und Lebensmittelsicherheit, Andriukaitis, im August 2016:

*“The Commission’s reflection concerning the scope of the current Genetically Modified Organism (GMO) legislation is ongoing. The Commission would, however, underline that any interpretative guidance it provides is not binding and only the Court of Justice can give definitive interpretations of EU legislation. Where products fall within the scope of the GMO legislation, all the provisions for approving authorisation for use in food and feed are applicable, whether those products are produced in the EU or imported.”<sup>11</sup>*

Der u.a. als oberstes französische Verwaltungsgericht fungierende Staatsrat (*Conseil d’État*) hat am 3. Oktober 2016 ein Vorabentscheidungsersuchen an den *Europäischen Gerichtshof (EuGH)* gerichtet<sup>12</sup>, um die wesentlichen Fragen zu diesem Themenkomplex klären zu lassen.<sup>13</sup> Die Bundesregierung geht allerdings davon aus, dass es angesichts der üblichen Dauer von Vorabentscheidungsverfahren vor dem EuGH voraussichtlich nicht vor 2018 zu einer Entscheidung kommen wird.<sup>14</sup>

Für weitere Informationen zu den neuen Pflanzenzüchtungstechniken siehe das Briefing des *European Parliamentary Research Service (EPRS)* für das *Europäische Parlament (EP)* *“New plant-breeding techniques. Applicability of GM rules”* vom Mai 2016. Dort werden die Problematik der

---

10 FAQ: Wie hat sich die Europäische Kommission zu rechtlichen Fragen im Zusammenhang mit den Neuen Züchtungstechniken positioniert? [http://www.bvl.bund.de/DE/06\\_Gentechnik/02\\_Verbraucher/08\\_FAQ/01\\_FAQ\\_Neue\\_Zuechtungstechniken/FAQ\\_Neue%20Zuechtungstechniken\\_node.html#doc7770856bodyText12](http://www.bvl.bund.de/DE/06_Gentechnik/02_Verbraucher/08_FAQ/01_FAQ_Neue_Zuechtungstechniken/FAQ_Neue%20Zuechtungstechniken_node.html#doc7770856bodyText12)

USDA (2016). Legal Opinion on New Plant Breeding Techniques (NBTs) to be Published Soon. [http://gain.fas.usda.gov/Recent%20GAIN%20Publications/Legal%20Opinion%20on%20New%20Plant%20Breeding%20Techniques%20\(NBTs\)%20to%20be%20Publishe\\_Brusseles%20USEU\\_EU-28\\_2-16-2016.pdf](http://gain.fas.usda.gov/Recent%20GAIN%20Publications/Legal%20Opinion%20on%20New%20Plant%20Breeding%20Techniques%20(NBTs)%20to%20be%20Publishe_Brusseles%20USEU_EU-28_2-16-2016.pdf)

11 EP (2016). Parliamentary Question. Answer given by Mr Andriukaitis on behalf of the Commission. 22. August 2016. Last updated: 24 August 2016. <http://www.europarl.europa.eu/sides/getAllAnswers.do?reference=P-2016-005734&language=EN>

12 Antwort der Bundesregierung auf die Kleine Anfrage der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN. Einstufung von und Umgang mit neuen Gentechnikverfahren BT-Drs. 18/10301. 10.11.2016. (Vorabfassung). <http://dip21.bundestag.de/dip21/btd/18/103/1810301.pdf>

13 Le Conseil d’État (2016). Organismes obtenus par mutagenèse. Décision contentieuse. 3 octobre 2016. Le Conseil d’État renvoie à la Cour de justice de l’Union européenne quatre questions relatives à la réglementation européenne des OGMs. <http://www.conseil-etat.fr/Actualites/Communiqués/Organismes-obtenus-par-mutagenese>

14 Vgl. Antwort der Bundesregierung auf die Kleine Anfrage der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN. Einstufung von und Umgang mit neuen Gentechnikverfahren. Seite 12. BT-Drs. 18/10301. 10.11.2016. (Vorabfassung). <http://dip21.bundestag.de/dip21/btd/18/103/1810301.pdf>

Anwendbarkeit von Regelungen zu GVO für NPBTs und deren unsicherer Status näher dargestellt. Das Briefing findet sich unter folgendem Link:

[http://www.europarl.europa.eu/RegData/etudes/BRIE/2016/582018/EPRS\\_BRI\(2016\)582018\\_EN.pdf](http://www.europarl.europa.eu/RegData/etudes/BRIE/2016/582018/EPRS_BRI(2016)582018_EN.pdf)

Siehe ebenfalls die Stellungnahme des in den Zuständigkeitsbereich des *BMEL* fallenden *Bundesamtes für Verbraucherschutz und Lebensmittelsicherheit (BVL)* vom am 31. Oktober 2016 zur gentechnikrechtlichen Einordnung von NPBT, insbesondere zur oligonukleotid-gesteuerten Mutagenese (Oligonucleotide Directed Mutagenesis - ODM) und zu CRISPR-Cas9 unter folgendem Link:

[http://www.bvl.bund.de/SharedDocs/Downloads/06\\_Gentechnik/gentechnikrechtlichen%20Einordnung%20von%20neuen%20Pflanzenz%C3%BCchtungstechniken.pdf?\\_\\_blob=publicationFile&v=7](http://www.bvl.bund.de/SharedDocs/Downloads/06_Gentechnik/gentechnikrechtlichen%20Einordnung%20von%20neuen%20Pflanzenz%C3%BCchtungstechniken.pdf?__blob=publicationFile&v=7)

## 5. Das Vorsorgeprinzip

Auf EU-Ebene ist das Vorsorgeprinzip (“Precautionary Principle”) primärrechtlich in Art. 191 Abs. 2 des *Vertrags über die Arbeitsweise der Europäischen Union (AEUV)* geregelt. Dort heißt es:

*„Die Umweltpolitik der Union zielt unter Berücksichtigung der unterschiedlichen Gegebenheiten in den einzelnen Regionen der Union auf ein hohes Schutzniveau ab. Sie beruht auf den Grundsätzen der Vorsorge und Vorbeugung, auf dem Grundsatz, Umweltbeeinträchtigungen mit Vorrang an ihrem Ursprung zu bekämpfen, sowie auf dem Verursacherprinzip.*

*Im Hinblick hierauf umfassen die den Erfordernissen des Umweltschutzes entsprechenden Harmonisierungsmaßnahmen gegebenenfalls eine Schutzklausel, mit der die Mitgliedstaaten ermächtigt werden, aus nicht wirtschaftlich bedingten umweltpolitischen Gründen vorläufige Maßnahmen zu treffen, die einem Kontrollverfahren der Union unterliegen.“<sup>15</sup>*

Zudem wird durch Art. 168 Abs. 1 *AEUV* bei der Festlegung und Durchführung aller Unionspolitiken und -maßnahmen ein hohes Gesundheitsschutzniveau garantiert.

Sekundärrechtlich findet sich das Vorsorgeprinzip u.a. in Art. 7 der *Verordnung (EG) Nr. 178/2002 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 28. Januar 2002 zur Festlegung der allgemeinen Grundsätze und Anforderungen des Lebensmittelrechts, zur Errichtung der Europäischen Behörde für Lebensmittelsicherheit und zur Festlegung von Verfahren zur Lebensmittelsicherheit*<sup>16</sup>. Dort lautet es wie folgt:

---

15 <http://www.aeuv.de/aeuv/dritter-teil/titel-xx/art-191.html>

16 ABl. L 31 vom 1.2.2002, S. 1–24. <http://eur-lex.europa.eu/legal-content/DE/TXT/PDF/?uri=CELEX:32002R0178&qid=1479911628273&from=DE>; zuletzt geändert durch 02002R0178-20140630, letzte konsolidierte Fassung: <http://eur-lex.europa.eu/legal-content/DE/TXT/PDF/?uri=CELEX:02002R0178-20140630&qid=1479911735877&from=DE>

## „Vorsorgeprinzip

*(1) In bestimmten Fällen, in denen nach einer Auswertung der verfügbaren Informationen die Möglichkeit gesundheitsschädlicher Auswirkungen festgestellt wird, wissenschaftlich aber noch Unsicherheit besteht, können vorläufige Risikomanagementmaßnahmen zur Sicherstellung des in der Gemeinschaft gewählten hohen Gesundheitsschutzniveaus getroffen werden, bis weitere wissenschaftliche Informationen für eine umfassendere Risikobewertung vorliegen.*

*(2) Maßnahmen, die nach Absatz 1 getroffen werden, müssen verhältnismäßig sein und dürfen den Handel nicht stärker beeinträchtigen, als dies zur Erreichung des in der Gemeinschaft gewählten hohen Gesundheitsschutzniveaus unter Berücksichtigung der technischen und wirtschaftlichen Durchführbarkeit und anderer angesichts des betreffenden Sachverhalts für berücksichtigungswert gehaltener Faktoren notwendig ist. Diese Maßnahmen müssen innerhalb einer angemessenen Frist überprüft werden, die von der Art des festgestellten Risikos für Leben oder Gesundheit und der Art der wissenschaftlichen Informationen abhängig ist, die zur Klärung der wissenschaftlichen Unsicherheit und für eine umfassendere Risikobewertung notwendig sind.“<sup>17</sup>*

Der *European Parliamentary Research Service (EPRS)* veröffentlichte im Dezember 2015 eine ausführliche Analyse zum Vorsorgeprinzip mit seinen Begriffsbestimmungen und Anwendungsbereichen. Der *EPRS* beschreibt hierin chronologisch die Entstehung des Vorsorgeprinzips in der EU, national und international sowie die wichtigsten Konzeptionen des Vorsorgeprinzips. Des Weiteren werden die Standpunkte der Institutionen, die Rechtsprechung und auch gegenläufige Standpunkte vorgestellt. Zu „Vorsorge und Innovationen“ heißt es in der Analyse u.a. wie folgt:

*“Von einigen wird die Ansicht vertreten, dass das Vorsorgeprinzip Innovation behindern kann. Die NRO European Risk Forum hebt hervor, dass eine Reglementierung, die allein auf die Minderung von Risiken und die Beseitigung wissenschaftlicher Ungewissheit abzielt, technologischer Innovation im Wege stehe. Dabei beruft sie sich vor allem auf Fälle chemischer Substanzen oder antimikrobieller Mittel. Als Ergänzung zum Vorsorgeprinzip schlägt das Forum ein „Innovationsprinzip“ vor, gemäß dem die Auswirkungen auf die Innovation bei der Überprüfung von Maßnahmen- oder Gesetzgebungsvorschlägen vollständig beurteilt und berücksichtigt werden sollten.“<sup>18</sup>*

Die eingehende Analyse liegt als **ANLAGE 1** bei.

Auch im Bericht der Expertenkommission „*Stärkung von Investitionen in Deutschland*“ von April 2015, der im Auftrag des Bundeswirtschaftsministers erstellt wurde, wird zu den Risiken und Potenzialen von Innovationen Folgendes erläutert:

---

17 ABl. L 31 vom 1.2.2002, S. 1–24. <http://eur-lex.europa.eu/legal-content/DE/TXT/PDF/?uri=CELEX:32002R0178&qid=1479911628273&from=DE>; zuletzt geändert durch 02002R0178-20140630, letzte konsolidierte Fassung: <http://eur-lex.europa.eu/legal-content/DE/TXT/PDF/?uri=CELEX:02002R0178-20140630&qid=1479911735877&from=DE>

18 [http://www.europarl.europa.eu/RegData/etudes/IDAN/2015/573876/EPRS\\_IDA\(2015\)573876\\_DE.pdf](http://www.europarl.europa.eu/RegData/etudes/IDAN/2015/573876/EPRS_IDA(2015)573876_DE.pdf)



„Innovationsprozesse sind inhärent mit Risiken verbunden. Wie innovationsfreundlich die Rahmenbedingungen in einer Gesellschaft sind, hängt deshalb nicht zuletzt davon ab, ob es gesellschaftliche Akzeptanz für Innovationen und die damit verbundenen Risiken gibt. In der gesellschaftlichen Debatte stehen oft die Risiken einer Innovation im Vordergrund, ohne das damit verbundene Potenzial hinreichend zur Kenntnis zu nehmen. Unternehmen stehen deshalb vor der wichtigen Kommunikationsaufgabe, über die Risiken, aber auch über die Potenziale von Innovationen aufzuklären, wenn sie die gesellschaftliche Akzeptanz ihrer innovativen Aktivitäten erhalten oder gewinnen wollen. Beim Abwägen der Chancen und der Risiken, die sich aus Innovationen ergeben, ist auch die Politik gefordert. Sie sollte beim Verfassen gesetzlicher Regelungen nicht nur potenzielle Risiken, sondern auch die Innovationskonsequenzen der Regelung im Auge haben. **Eine Möglichkeit, dies im gesetzgeberischen Prozess zu verankern, wäre das Innovationsprinzip, das im offenen Brief des European Risk Forums an EU-Kommissionspräsident Jean-Claude Juncker gefordert wird. Dieses sieht vor, dass bei jeder Änderung der Gesetzgebung die Auswirkungen des (regulatorischen) Vorhabens auf das Innovationsklima untersucht und adressiert werden müssen.**“<sup>19</sup>

## 6. Das Innovationsprinzip

Am 24. Oktober 2013 unterzeichneten zwölf Chief Executive Officer (CEOs) der folgenden multinationalen Unternehmen, *AiCuris GmbH, BASF SE, Bayer AG, The Dow Chemical Company, Dow AgroSciences LLS, Dow Corning Corporation, Henkel AG & Company, IBM Europe, Novartis AG, Royal Philips, Solvay S.A., Syngenta AG*, - mit dem Hinweis gemeinsam mehr als 21 Milliarden Euro jährlich in Innovationen zu investieren - einen offenen Brief an die Präsidenten der drei EU-Institutionen (Parlament - Martin Schulz, Rat – damals Herman van Rompuy und Kommission - zu diesem Zeitpunkt José Manuel Barroso).<sup>20</sup> In ihrem Brief, der **ANLAGE 2** beigelegt ist, schlagen sie die Einführung des Innovationsprinzips vor:<sup>21</sup>

“(…), we would like to propose the formal adoption of an **Innovation Principle** in European risk management and regulatory practice. The principle is simple – that whenever precautionary legislation is under consideration, the impact on innovation should also be taken into full account in the policy and legislative process.”<sup>22</sup>

Die im Brief angekündigten sieben wichtigen Empfehlungen (“Key Recommendations“) für ein Innovationsprinzip zur Stimulierung der Wirtschaft finden sich im Entwurf des Positionspapiers,

---

19 Hervorhebung durch Verfasser des Sachstands. <https://www.bmwi.de/BMWi/Redaktion/PDF/I/investitionskongress-report-gesamtbericht-deutsch-barrierefrei,property=pdf,bereich=bmwi2012,sprache=de,rwb=true.pdf>

20 [https://www.corporateeurope.org/sites/default/files/corporation\\_letter\\_on\\_innovation\\_principle.pdf](https://www.corporateeurope.org/sites/default/files/corporation_letter_on_innovation_principle.pdf)

21 [http://www.riskforum.eu/uploads/2/5/7/1/25710097/innovation\\_principle\\_one\\_pager\\_5\\_march\\_2015.pdf](http://www.riskforum.eu/uploads/2/5/7/1/25710097/innovation_principle_one_pager_5_march_2015.pdf)

22 [https://corporateeurope.org/sites/default/files/corporation\\_letter\\_on\\_innovation\\_principle.pdf](https://corporateeurope.org/sites/default/files/corporation_letter_on_innovation_principle.pdf)

„*The Innovation Principle. Stimulating Economic Recovery*“<sup>23</sup> („draft“). Das Positionspapier liegt als **ANLAGE 3** bei.

Der Initiative folgte am 4. November 2014 ein weiterer Vorstoß an den Kommissionspräsidenten Jean-Claude Juncker<sup>24</sup> von 22 CEOs der Unternehmen *AiCuris GmbH, Airbus Group, Arthur D. Little, Aurubis AG, BASF SE, Bayer AG, Compania Espanola de Petroleos S.A.U., Deere & Company, The Dow Chemical Company, Dow AgroSciences LLS, Dow Corning Corporation, E.I. du Pont de Nemours & Company, Evonik Industries AG, Henkel AG & Company, IBM Europe, Novartis AG, Royal DSM N.V., Royal Philips, Solvay S.A., Statoil ASA, Syngenta AG and Yara International ASA* mit dem Hinweis, insgesamt 30 Mrd. Euro jährlich in Innovationen zu investieren und 1,5 Mio. Menschen zu beschäftigen.<sup>25</sup> Dieser offene Brief findet sich in der **ANLAGE 4**.

Nach Angaben des *European Risk Forum (ERF)*<sup>26</sup> wird mit der Einführung des **Innovationsprinzips** folgendes Ziel verfolgt:

“to ensure that whenever policy or regulatory decisions are under consideration the impact on innovation as a driver for jobs and growth should be assessed and addressed. It sets out to provide a new and positive way of ensuring that policy makers fully recognise social and economic needs for both precaution and innovation. It is therefore intended to be used to improve the quality and application of EU legislation and as a result, to stimulate confidence, investment and innovation.”<sup>27</sup>

Das *ERF* erläutert, das Innovationsprinzip ergänze das Vorsorgeprinzip, da Vorsorge und Innovation gleichermaßen wichtig seien. „Die beiden Prinzipien sollten nebeneinander angewandt werden, um die Notwendigkeit des Schutzes der Gesellschaft und der Umwelt zu erkennen und gleichzeitig die Innovationsfähigkeit Europas zu schützen.“<sup>28</sup>

---

23 [https://corporateeurope.org/sites/default/files/tnc\\_innovation\\_principles\\_manifesto.pdf](https://corporateeurope.org/sites/default/files/tnc_innovation_principles_manifesto.pdf)

Das Positionspapier legt einen formellen Regulierungsrahmen zur Unterstützung der Innovation in Europa auf der Grundlage bestimmter Grundsätze fest. Unter Punkt 7 des Positionspapiers sollten Chief Scientist Advisor, Ann Glover, die zusätzliche Befugnis eingeräumt werden, gegebenenfalls eine weitere wissenschaftliche Bewertung vorzunehmen. Die Position des Chief Scientist Advisor wurde allerdings im Laufe des Jahres 2014 unter Jean-Claude Juncker aufgrund der Intervention von NGOs aufgegeben. <https://corporateeurope.org/power-lobbies/2014/07/position-chief-scientific-advisor-president-european-commission>

24 [http://www.riskforum.eu/uploads/2/5/7/1/25710097/innovation\\_principle\\_letter\\_4\\_nov.pdf](http://www.riskforum.eu/uploads/2/5/7/1/25710097/innovation_principle_letter_4_nov.pdf)

25 [http://www.riskforum.eu/uploads/2/5/7/1/25710097/innovation\\_principle\\_one\\_pager\\_5\\_march\\_2015.pdf](http://www.riskforum.eu/uploads/2/5/7/1/25710097/innovation_principle_one_pager_5_march_2015.pdf)

26 Das *European Risk Forum (ERF)* bezeichnet sich als “an expert-led, not-for-profit think tank that promotes high-quality risk assessment and risk management decisions by the EU institutions and raises awareness of risk management issues at the EU level.” <http://www.riskforum.eu/>

27 The ERF Study. The Precautionary Principle Application and Way Forward. [http://www.riskforum.eu/uploads/2/5/7/1/25710097/innovation\\_principle\\_one\\_pager\\_5\\_march\\_2015.pdf](http://www.riskforum.eu/uploads/2/5/7/1/25710097/innovation_principle_one_pager_5_march_2015.pdf)

28 Ins Deutsche übersetzt durch Verfasser. Vgl. [http://www.riskforum.eu/uploads/2/5/7/1/25710097/innovation\\_principle\\_one\\_pager\\_5\\_march\\_2015.pdf](http://www.riskforum.eu/uploads/2/5/7/1/25710097/innovation_principle_one_pager_5_march_2015.pdf)

Bereits im Jahr 2011 wurde in einer Studie des ERF „*The Precautionary Principle. Application and Way Forward*“<sup>29</sup> (ANLAGE 5) darauf hingewiesen, dass das Vorsorgeprinzip (*Precautionary Principle* - PP) insgesamt unterschiedlich definiert wird. Des Weiteren wurde konstatiert, dass eine „Nutzen-Risiko-Bewertung“ („benefit-risk assessment“) bei bestimmten Sachverhalten sinnvoll sei und die Anwendung des Vorsorgeprinzips vorläufig („provisional“) und verhältnismäßig sein sollte. Dort heißt es weiter:

*„Since there is no absolute scientific certainty, innovation, by definition, leads to new situations that are not necessarily dangerous, although they may be unknown. If the PP is applied, it should specify the risk that is being addressed, and it should define what knowledge is missing. It should always be borne in mind that an absolute absence of risk can never be proven, and therefore should never be required. Since the PP is provisional, the restrictions which it applies should be revisited after a set period of time. If the anticipated risks have not emerged after this period (e.g. super-weeds from GMOs), then that aspect of the precautionary restrictions should be lifted. It is suggested that all precautionary decisions should have a “sunset clause”, after which time the rule falls. For example, if after the five-year period the risks have not emerged or the missing scientific data has been produced, there should be an automatic lifting of the precautionary measures. In this regard, decisions based on the PP should be reviewed in the same way as any other ex-post revision of regulation.“*<sup>30</sup>

Im Juni 2015 beschrieben *BusinessEurope*, das *European Risk Forum* und der *European Round Table of Industrialists* in ihrem Positionspapier bessere Rahmenbedingungen für Innovationen mit Hilfe des Innovationsprinzips („Better Framework for Innovation. Fuelling EU policies with an Innovation Principle“<sup>31</sup>). Die genauen Rahmenbedingungen finden sich in der ANLAGE 6.

#### 6.1. Rat für Wettbewerbsfähigkeit (26. Mai 2016)

Derzeit wird auf europäischer Ebene im Rahmen einer „*Better regulation to strengthen competitiveness*“<sup>32</sup> eine innovationsfreundliche Gesetzgebung („*innovation-friendly legislation*“) angestrebt. In einer Pressemitteilung vom 26. Mai 2016 heißt es, der *Rat für Wettbewerbsfähigkeit* habe folgende Schlussfolgerung zur „*Besseren Rechtsetzung zur Stärkung der Wettbewerbsfähigkeit*“ angenommen, in der u. a. betont wird, dass das Innovationsprinzip angewandt werden sollte:

*„(...), when considering, developing or updating EU policy or regulatory measures, the ‘Innovation Principle’ should be applied, which entails taking into account the impact on research and innovation in the process of developing and reviewing regulation in all policy domains.*

---

29 ERF (2011). *The Precautionary Principle. Application and Way Forward*. [http://www.riskforum.eu/uploads/2/5/7/1/25710097/erf\\_pp\\_way\\_forward\\_booklet.pdf](http://www.riskforum.eu/uploads/2/5/7/1/25710097/erf_pp_way_forward_booklet.pdf)

30 [http://www.riskforum.eu/uploads/2/5/7/1/25710097/erf\\_pp\\_way\\_forward\\_booklet.pdf](http://www.riskforum.eu/uploads/2/5/7/1/25710097/erf_pp_way_forward_booklet.pdf)

31 <https://www.businesseurope.eu/sites/buseur/files/media/imported/2015-00536-E.pdf>

32 <http://www.consilium.europa.eu/de/press/press-releases/2016/05/26-conclusions-better-regulation/>

---

*CALLS on the Commission together with Member States, to further determine its use and to evaluate its potential impact.*<sup>33</sup>

## 6.2. Strategiepapier des European Political Strategy Centre (30. Juni 2016)

Das *European Political Strategy Centre (EPSC)*, ein “in-house think-tank” der EU-Kommission<sup>34</sup>, erklärte am 30. Juni 2016 in seinem Strategiepapier “*Towards an Innovation Principle Endorsed by Better Regulation*”<sup>35</sup>, Innovation werde durch zwei Elemente definiert, diese lauten wie folgt:

*„The first introduces the aspect of novelty: innovation is a new idea in relation to something that is established. This idea must find its way from theory to practice. As such innovation does not only relate to technical or scientific novelties, but may also pertain to processes and organisational change across sectors.*

*The second contains a teleological criterion: a technical novelty or a new approach can only be regarded as innovative if it brings economic and societal benefits. Against this backdrop, an innovation is to be understood as a process through which the novelty has to win social recognition and “acceptance over time.”*<sup>36</sup>

In dem Strategiepapier heißt es weiter, “*one may even think of a Treaty-based ‘innovation principle’ that provides legal guidance to ensure the right choice and appropriate application of regulatory tools.*”<sup>37</sup> Mehrere Aspekte im Unionsrecht erlauben demnach die Annahme, dass ein implizites Innovationsprinzip durch systemische und teleologische Interpretation u.a. aus den beiden Verträgen (Vertrag über die Europäische Union - EUV und Vertrag über die Arbeitsweise der Europäischen Union - AEUV) abgeleitet werden könnte:

---

33 <http://www.consilium.europa.eu/en/press/press-releases/2016/05/26-conclusions-better-regulation/>

34 [https://ec.europa.eu/epsc/sites/epsc/files/strategic\\_note\\_issue\\_14.pdf](https://ec.europa.eu/epsc/sites/epsc/files/strategic_note_issue_14.pdf);

“The European Political Strategy Centre (EPSC) reports directly to the President and operates under his authority. It is composed of a professional staff of advisers, policy analysts and support staff with appropriate experience and track record, in order to provide professional and targeted policy advice to the President and the College.” [https://ec.europa.eu/epsc/about\\_en](https://ec.europa.eu/epsc/about_en)

35 EPSC Strategic Notes (Issue 14). [https://ec.europa.eu/epsc/sites/epsc/files/strategic\\_note\\_issue\\_14.pdf](https://ec.europa.eu/epsc/sites/epsc/files/strategic_note_issue_14.pdf)

36 [https://ec.europa.eu/epsc/sites/epsc/files/strategic\\_note\\_issue\\_14.pdf](https://ec.europa.eu/epsc/sites/epsc/files/strategic_note_issue_14.pdf)

37 [https://ec.europa.eu/epsc/sites/epsc/files/strategic\\_note\\_issue\\_14.pdf](https://ec.europa.eu/epsc/sites/epsc/files/strategic_note_issue_14.pdf)

---

*„according to Article 3 (3) TEU<sup>38</sup> the EU ‘shall promote scientific and technological advance.’ In the context of the EU’s industry policy (Art. 173 TFEU)<sup>39</sup> ‘innovation’ is explicitly mentioned. For that purpose, in accordance with a system of open and competitive markets, the action of the EU and its Member States shall be aimed among others at*

*‘fostering better exploitation of the industrial potential of policies of innovation, research and technological development.’*

*In this respect, Art. 179 (1) TFEU is also of interest. It sets the task of achieving a European research area by strengthening the scientific and technological bases. This shall encourage the Union, including its industry, to become more competitive.<sup>40</sup>*

Das EPSC kommt zu folgender Schlussfolgerung:

*“Regulation has the potential to drive innovation when it is well-designed, flexible and regularly updated to reflect market developments. To ensure that the regulatory process becomes more innovation-friendly, the innovation principle could be a guiding principle. This should not amount to a single intervention in support of innovation but ought to be part-and-parcel of the entire regulatory cycle. The innovation principle will gain acceptance if it is conceived in a comprehensive manner. If it focuses exclusively on competitiveness, that is, on reducing costs to industry without considering social and environmental costs, it risks yielding less regulation instead of better regulation. In a fair balance with other Treaty-based principles the innovation principle should be integrated throughout the regulatory life cycle and expressed through a range of instruments. The resulting cultural change will mean that innovation will be better accepted as a natural way of addressing Europe’s societal challenges and improving its opportunities to prosper.”<sup>41</sup>*

---

38 Treaty on European Union (TEU), Vertrag über die Europäische Union (EUV). (konsolidierte Fassung). ABl. C 326, 26.10.2012, S. 13–390. [http://eur-lex.europa.eu/resource.html?uri=cellar:2bf140bf-a3f8-4ab2-b506-fd71826e6da6.0020.02/DOC\\_1&format=PDF](http://eur-lex.europa.eu/resource.html?uri=cellar:2bf140bf-a3f8-4ab2-b506-fd71826e6da6.0020.02/DOC_1&format=PDF)

39 Treaty on the Functioning of the European Union (TFEU), Vertrag über die Arbeitsweise der Europäischen Union (AEUV).

40 EPSC Strategic Notes. Towards an Innovation Principle Endorsed by Better Regulation. 30 June 2016. [https://ec.europa.eu/epsc/sites/epsc/files/strategic\\_note\\_issue\\_14.pdf](https://ec.europa.eu/epsc/sites/epsc/files/strategic_note_issue_14.pdf) bzw. [https://ec.europa.eu/epsc/publications/strategic-notes/towards-innovation-principle-endorsed-better-regulation\\_en](https://ec.europa.eu/epsc/publications/strategic-notes/towards-innovation-principle-endorsed-better-regulation_en)

41 EPSC Strategic Notes. Towards an Innovation Principle Endorsed by Better Regulation. 30 June 2016. [https://ec.europa.eu/epsc/sites/epsc/files/strategic\\_note\\_issue\\_14.pdf](https://ec.europa.eu/epsc/sites/epsc/files/strategic_note_issue_14.pdf) bzw. [https://ec.europa.eu/epsc/publications/strategic-notes/towards-innovation-principle-endorsed-better-regulation\\_en](https://ec.europa.eu/epsc/publications/strategic-notes/towards-innovation-principle-endorsed-better-regulation_en)

### 6.3. Stellungnahme des Europäischen Wirtschafts- und Sozialausschusses (19. August 2016)

In der Stellungnahme des *Europäischen Wirtschafts- und Sozialausschusses (EWSA)* zum Thema „*Innovation als Impulsgeber für neue Geschäftsmodelle*“ (Sondierungsstellungnahme)<sup>42</sup> vom 19. August 2016 heißt es unter Punkt 5.1.4.:

*„Das „Innovationsprinzip“ sollte als Ergänzung des Vorsorgeprinzips angewandt werden, ohne dass Letzteres die Innovation behindert. Laut diesem „Innovationsprinzip“ sind die Auswirkungen von Gesetzen und Rechtsvorschriften auf die Innovation zu berücksichtigen.“<sup>43</sup>*

In der Stellungnahme des EWSA zu einer „*Zukunftsfähigen Rechtsetzung*“ (Sondierungsstellungnahme) wird das Innovationsprinzip unter Punkt 2.15 bis 2.19 als ein neuer Aspekt der Rechtsetzung benannt<sup>44</sup>:

*„2.15 Ein neuer Aspekt der Rechtsetzung wird für den Rat derzeit offenbar immer wichtiger: das Innovationsprinzip. Dieses Prinzip, demzufolge bei der Ausarbeitung und Überprüfung von Rechtsvorschriften deren Auswirkungen auf Forschung und Innovation zu berücksichtigen sind, ist eines von zahlreichen Kriterien für die Beurteilung eines Legislativvorschlags der Kommission in den Bereichen Technik, Technologie und Wissenschaft. Es sollte jedoch insbesondere in den Bereichen Sozialschutz, Umwelt, Gesundheit und Verbraucherschutz intelligent und mit Umsicht angewandt werden.“*

*2.16 Aus den Schlussfolgerungen des Rates „Wettbewerbsfähigkeit“ geht hervor: Der „Innovationsgrundsatz [sollte] zum Tragen kommen [...], so dass in allen Politikbereichen im Zuge der Entwicklung und Überarbeitung der Rechtsvorschriften die Auswirkungen auf Forschung und Innovation berücksichtigt werden“<sup>45</sup>. Dies spiegelt sich nicht zuletzt im Ersuchen des slowakischen Ratsvorsitzes und in einer neueren Studie des Zentrums CEPS<sup>46</sup> wider, wonach die Festlegung zu strikter Vorschriften Investitionen gefährden und die Innovation behindern könnte. Diese Überlegungen stehen auch im Einklang mit der Logik des REFIT-Programms.*

---

42 ABl. C 303 vom 19.08.2016, S. 28-35. <http://eur-lex.europa.eu/legal-content/DE/TXT/PDF/?uri=CELEX:52016AE0078&qid=1479820756594&from=EN>

43 ABl. C 303 vom 19.08.2016, S. 28-35. <http://eur-lex.europa.eu/legal-content/DE/TXT/PDF/?uri=CELEX:52016AE0078&qid=1479820756594&from=EN>

44 <http://www.eesc.europa.eu/?i=portal.en.int-opinions.39287>; dann die deutsche Fassung auswählen.

45 Schlussfolgerungen des Rates „Wettbewerbsfähigkeit“ vom 26.5.2016 (Ziffer 2), [http://www.consilium.europa.eu/register/de/content/out/?&typ=ENTRY&i=ADV&DOC\\_ID=ST-9580-2016-INIT](http://www.consilium.europa.eu/register/de/content/out/?&typ=ENTRY&i=ADV&DOC_ID=ST-9580-2016-INIT)

46 CEPS (*Centre for European Policy Studies*, Zentrum für europäische politische Studien) ist eine in Brüssel ansässige Denkfabrik.

Bei der Studie handelt es sich um den CEPS Special Report (2014): Pelkmans, Jacques; Renda, Andrea (2014). Does EU regulation hinder or stimulate innovation? No. 96/November 2014. <https://www.ceps.eu/system/files/No%2096%20EU%20Legislation%20and%20Innovation.pdf>

2.17 Nach Ansicht des EWSA sollte vorab genau definiert und festgelegt werden, wie dieser neue Grundsatz zur Anwendung zu bringen ist.

2.18 Nach Auffassung des EWSA sollte der Innovationsgrundsatz dasselbe Gewicht haben wie die anderen, unter Ziffer 2.14 genannten Kriterien<sup>47</sup>, die die Kommission für die Bewertung der Auswirkungen eines Legislativvorschlags heranzieht. Es sollte daher ein ausgewogenes Verhältnis zwischen dem Innovationsgrundsatz und den übrigen Kriterien geschaffen und dafür gesorgt werden, dass diese durch den neuen Grundsatz nicht in den Hintergrund gedrängt werden.

2.19 Der EWSA schlägt dem slowakischen Ratsvorsitz vor, das Potenzial des Innovationsgrundsatzes weiter zu ergründen, u. a. durch einen Austausch bewährter Verfahren. Nach Ansicht des EWSA sollte die Kommission auf dieser Grundlage in der Lage sein, eine Bilanz der Möglichkeiten und Auswirkungen dieses neuen Grundsatzes zu ziehen.<sup>48</sup>

#### 6.4. Stellungnahme des Bundesverbands der Deutschen Industrie e. V.

Auf den Internetseiten des *Bundesverbands der Deutschen Industrie e. V. (BDI)* wird konstatiert, die Industrie fordere die formale Anerkennung eines „Innovationsprinzips“ in der (europäischen) Regulierungspraxis<sup>49</sup>. Der *BDI* erläutert, die von Mitgliedern des *European Risk Forum* entwickelt Idee des Innovationsprinzips:

*„[Sie] besagt, dass wenn eine Gesetzgebung nach dem Vorsorgeprinzip eingeleitet werden soll, die Folgen für die Innovationstätigkeit im politischen Entscheidungsprozess mit zu berücksichtigen sind. Ein solches Innovationsprinzip soll nicht per se Innovation unabhängig von ihren Folgen für Gesundheit oder Umwelt fördern. Das Prinzip fordert aber einen evidenzbasierten Ansatz, um die jeweiligen Auswirkungen auf die Innovationsfähigkeit der Wirtschaft darzustellen. Dafür sollte ein Innovations-Check ein fester Bestandteil der Gesetzesfolgenabschätzung werden.“<sup>50</sup>*

Der *BDI* gab daraufhin, die als **ANLAGE 7** beiliegende Kienbaum Studie *„Innovations-Check in der Gesetzesfolgenabschätzung – Gesetzgebung innovationsfreundlich gestalten“<sup>51</sup>* in Auftrag, um

---

47 Zu den unter 2.14 genannten Kriterien gehören „die Grundsätze der korrekten und zeitlich nahen Umsetzung, das Subsidiaritätsprinzip und der Grundsatz der Verhältnismäßigkeit, das Vorsorgeprinzip, die Grundsätze der Vorhersehbarkeit und der „Vorfahrt für KMU“, die externe Dimension der Wettbewerbsfähigkeit und der Binnenmarkttest“.

48 Die STELLUNGNAHME des Europäischen Wirtschafts- und Sozialausschusses zur Zukunftsfähigen Rechtsetzung. (Sondierungsstellungnahme). Berichterstatter: Christian MOOS. Mitberichterstatter: Denis MEYNENT.

49 [http://bdi.eu/media/user\\_upload/20160711\\_Studie\\_Innovations-Check-in-der\\_Gesetzesfolgenabschaetzung.pdf](http://bdi.eu/media/user_upload/20160711_Studie_Innovations-Check-in-der_Gesetzesfolgenabschaetzung.pdf)

50 [http://bdi.eu/media/user\\_upload/20160711\\_Studie\\_Innovations-Check-in-der\\_Gesetzesfolgenabschaetzung.pdf](http://bdi.eu/media/user_upload/20160711_Studie_Innovations-Check-in-der_Gesetzesfolgenabschaetzung.pdf)

51 [http://bdi.eu/media/user\\_upload/20160711\\_Studie\\_Innovations-Check-in-der\\_Gesetzesfolgenabschaetzung.pdf](http://bdi.eu/media/user_upload/20160711_Studie_Innovations-Check-in-der_Gesetzesfolgenabschaetzung.pdf)

die Möglichkeiten zur Entwicklung und Implementierung eines solchen Instruments in Deutschland zu prüfen.<sup>52</sup>

#### 6.5. Stellungnahme von BDI und CONFINDUSTRIA

Im gemeinsamen Papier von BDI und dem italienischen CONFINDUSTRIA vom 14. Oktober 2016 „*Reviving economic growth and social cohesion in Europe*“<sup>53</sup> heißt es unter “Recommendation 3: Review innovation policies at the national and EU level”:

*“The EU should continue to foster and implement an “Innovation Principle” as a complement to the Precautionary Principle. Innovation Principle means that potential risks but also the potential benefits of a new technology /innovation are fairly balanced. Enterprises and people should be encouraged to develop new ideas, technologies while ensuring that related risks are managed appropriately. The EU Competitiveness Council has recommended EU member states in its resolution on May 27th 2016 to install an “Innovation Principle” in member states as well as at the European level. The European Commission set up voluntary “innovation checks” by DG Research and Innovation for any new piece of legislation which comprises innovation (the so called “toolbox 18”)<sup>54</sup>. This approach has to be deepened by making the use of the toolbox18 mandatory for all new legislative EU proposals. Finally, the Innovation Principle should be included in the EU Treaty on the same level as the Precautionary Principle.”<sup>55</sup>*

#### 6.6. VCI-Stellungnahme (29. Juli 2016 und 24. August 2016)

In der VCI-Stellungnahme zum Entwurf der nationalen Nachhaltigkeitsstrategie – Neuauflage 2016 vom 29. Juli 2016 heißt es:

*“Daher fordern wir, in der EU dem Vorsorgeprinzip ein Innovationsprinzip an die Seite zu stellen. Dabei wollen wir das Vorsorgeprinzip weder abschaffen noch schwächen. Wir wollen es ergänzen.*

*Bei der politischen Abwägung sollten nicht nur die Risiken, sondern auch die Chancen durch Innovationen gesehen werden: Es ist Zeit für einen InnovationsCheck für Gesetze.*

---

52 [http://bdi.eu/media/user\\_upload/20160711\\_Studie\\_Innovations-Check-in-der\\_Gesetzesfolgenabschaetzung.pdf](http://bdi.eu/media/user_upload/20160711_Studie_Innovations-Check-in-der_Gesetzesfolgenabschaetzung.pdf)

53 <http://www.confindustria.eu/documentDownload?id=8587&ext=pdf&name=Competitiveness+Pact+ENG>

54 TOOL #18: IMPACTS ON RESEARCH & INNOVATION. Seite 122ff. This Toolbox complements the Better Regulation Guideline presented in in SWD(2015) 111. [http://ec.europa.eu/smart-regulation/guidelines/docs/br\\_toolbox\\_en.pdf](http://ec.europa.eu/smart-regulation/guidelines/docs/br_toolbox_en.pdf)

EUROPEAN COMMISSION (2015). COMMISSION STAFF WORKING DOCUMENT Better Regulation Guidelines. Strasbourg, 19.5.2015 SWD(2015) 111 final. [http://ec.europa.eu/smart-regulation/guidelines/docs/swd\\_br\\_guidelines\\_en.pdf](http://ec.europa.eu/smart-regulation/guidelines/docs/swd_br_guidelines_en.pdf)

55 <http://www.confindustria.eu/documentDownload?id=8587&ext=pdf&name=Competitiveness+Pact+ENG>



*Mehr Innovationen bedeuten auch mehr Lösungen für mehr Nachhaltigkeit.*

*Deshalb braucht es politischen Rückenwind für mehr Innovationsfähigkeit am Industrie- und Chemiestandort Deutschland.*

*Innovationen für eine nachhaltige Entwicklung brauchen Rahmenbedingungen, die Impulse setzen und an der richtigen Stelle Forschung und Entwicklung fördern.*

*Aber die Unternehmen brauchen auch Akzeptanz und Wertschätzung der Gesellschaft für ihre Innovationen. Gesellschaftliches Misstrauen gegenüber technologischem Fortschritt behindert die Umsetzung von neuen Ideen.“<sup>56</sup>*

Der VCI stellte bereits im August 2016 die Positionen der chemisch-pharmazeutischen Industrie zur nächsten Bundestagswahl im Jahr 2017 dar:

*„Die nächste Bundesregierung sollte daher dem Vorsorgeprinzip ein „Innovationsprinzip“ zur Seite stellen. Die Gesellschaft muss offen für Innovationen sein, die durch eine Nutzen-Risiko-Abwägung auf der Grundlage wissenschaftlicher Erkenntnisse zu bewerten sind.“<sup>57</sup>*

Des Weiteren wird dort ausgeführt:

*„Die deutsche Chemie- und Pharma-Industrie ist besorgt über eine Regulierungspraxis, die heute zunehmend primär potenzielle Gefährdungen durch neue Technologien in den Blick nimmt, ohne die hohe Qualität des Risiko-Managements in der Industrie und den Nutzen neuer Technologien ausreichend zu honorieren. Die Bundesregierung sollte daher ein Innovationsprinzip als einen übergeordneten Rahmen in die deutsche Gesetzesfolgenabschätzung aufnehmen und dieses Prinzip im politischen Gesetzgebungsprozess komplementär zum Vorsorgeprinzip berücksichtigen.*

*Wir brauchen ein gesellschaftliches Umfeld, das offen für Innovationen ist. Dabei kommt es darauf an, dass der Nutzen einer Innovation genauso stark gewichtet wird wie mögliche Risiken.*

### *Empfehlungen*

*Zur breiteren Umsetzung des Innovationsprinzips einen „InnovationsCheck“ als verbindlichen Bestandteil der Gesetzesfolgenabschätzung einführen.*

*Regulationsprozesse beschleunigen (inkl. der Überprüfung existierender Regulierungen und Vorschlag temporärer Regelungen).*

---

56 [https://www.bundesregierung.de/Content/DE/StatischeSeiten/Breg/Nachhaltigkeit/Nachhaltigkeitsdialog-stellungnahmen/2016-07-29-verband-chemische-industrie.pdf?\\_\\_blob=publicationFile&v=1](https://www.bundesregierung.de/Content/DE/StatischeSeiten/Breg/Nachhaltigkeit/Nachhaltigkeitsdialog-stellungnahmen/2016-07-29-verband-chemische-industrie.pdf?__blob=publicationFile&v=1)

57 <https://www.vci.de/vci/downloads-vci/publikation/politikbrief/vci-politikbrief-3-2016-spezial-wahl-bundestag-2017.pdf>

---

*Etablierung von unabhängigen wissenschaftlichen Beratergremien für die Arbeit der Bundesregierung zum Beispiel nach dem Verfahren des „Scientific Advice Mechanism“ der EU-Kommission, um eine gründliche Beratung der Bundesregierung zu ermöglichen.*

*Reduzierung des Verwaltungsaufwands in Prozessen zur Umsetzung von Innovationen wie zum Beispiel in der Forschungsförderung.*

*Stärkere internationale Harmonisierung von Regulierung sowie Entschlackung der Zulassungsverfahren.<sup>58</sup>*

\* \* \*

---

58 S. 30-31. <https://www.vci.de/vci/downloads-vci/publikation/politikbrief/vci-politikbrief-3-2016-spezial-wahl-bundestag-2017.pdf> (Stand: 24. August 2016).